

## **IV. Die Revolution von 1848**

„Das Herzogtum Nassau zählte zu den kleineren Staaten des Deutschen Bundes“, schreibt W. Schüler in einem Nachwort zu Riehl's „Nassauischen Chronik des Jahres 1848“<sup>1</sup>. Dennoch hatte es bald zu bemerkenswerter innerer Geschlossenheit und geistig-politischer Eigenständigkeit gefunden. Der Grund hierfür lag vor allem in dem bürokratischen Zentralismus, mit dem das Land regiert wurde. Ebenso wie die Steuergesetzgebung, die Simultanschule<sup>2</sup> oder das Medizinalwesen trug dieser Staat durchaus moderne Züge. Auch hatte das Herzogtum bereits 1814 eine landständische Verfassung erhalten, die erste überhaupt unter den Staaten des nachmaligen Deutschen Bundes. Ein Muster an rationaler Verwaltung und politischer Fortschrittlichkeit, sollte man denken. Doch die Wirklichkeit sah nicht so rosig aus!

### **1. Die Gründe**

Es gab viele Gründe, warum sich revolutionärer Geist entzündete. Hier sollen nur einige Probleme genannt werden:

#### **Der Domänenstreit**

Der Domänenstreit entzündete sich an der Frage, ob die Domänen Staats- oder fürstliches Privateigentum seien. Das Herrscherhaus war weit davon entfernt, auf jahrhundertealte Privilegien einfach zu verzichten. Die beiden Kammern des Landtages mochten noch so leidenschaftlich argumentieren und protestieren, gegen den Herzog und den ihm ergebenen Staatsapparat waren sie machtlos. Gegen den Widerstand beider Kammern der Ständeversammlung setzte die Regierung durch, daß die Einkünfte aus den Domänen in einer getrennten Kasse verwaltet und allein von der herzoglichen Familie in Anspruch genommen wurden. Ja, als Entschädigung für die aufgehobenen Lasten hatte das Land aus dem Steueraufkommen jährlich noch einen erheblichen Betrag zusätzlich in die Domänenkasse zu zahlen!<sup>3</sup>

#### **Die Nassauische Wirtschaftspolitik**

Der Herzog fürchtete um die Selbständigkeit seines kleinen Landes und wehrte sich gegen eine Zollunion, die vor allem von dem mächtigen Nachbarn Preußen gefördert wurde. Er suchte daher engeren Anschluß an, das restaurative Österreich Metternichs. „Den Schaden hatten Handel und Gewerbe, die sich von den wichtigsten Märkten abgeschnitten sahen.“<sup>4</sup>

Dies betraf vor allem auch die Winzer, die wegen der hohen Zölle ihren Wein nur schwer linksrheinisch verkaufen konnten.

#### **Die soziale Lage der Landbevölkerung**

Das schwerwiegendste Problem hatte aber der größte Bevölkerungsteil Nassaus: die Bauernschaft. Nachdem durch die Medizin die Ursachen vieler Krankheiten entdeckt und die Seuchen auch im Herzogtum wirksam bekämpft werden konnten, starben nicht mehr so viele Kinder. Folglich nahm die Bevölkerung im 19. Jahrhundert rasant zu.

Von 1805 bis 1840 erhöhte sich die Einwohnerzahl um 50 Prozent, in Filsen gar von 218 Einwohnern im Jahre 1808 auf 446 Personen im Jahre 1845. Die Bauern saßen auf Kleinbetrieben von 10 bis 20 Morgen Land und lebten - trotz Zuerwerbs aus Handwerk und Lohnarbeit - mit ihren vielköpfigen Familien oft am Rande des Existenzminimums. Familien mit 10 Kindern waren keine Seltenheit, was sich in Filsen daran zeigt, daß es z.B. 1835 vierundachtzig Schulkinder gab.

.Die Zahl der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe wuchs zudem durch das System der „Realteilung“: Das vorhandene Land wurde stets auf alle Kinder aufgeteilt, diese heirateten und mußten dann von der kleineren Fläche ihre Familie ernähren, d.h. immer kleinere Flächen sollten immer mehr Menschen ernähren.

### **Speziell für Filsen stellte sich die Lage so dar:**

Für die etwa. 440 Einwohner war der Weinbau zwar die wichtigste Einnahmequelle, aber nur für einen Teil der Bürger (etwa 30 Weinbergbesitzer ) mit 14.510 Stock. Die Weinanbaugebiete am Mittelrhein wurden aber gerade im 19. Jahrhundert durch die aus Amerika eingeschleppte Reblaus und andere Krankheiten in große Mitleidenschaft gezogen - es gab katastrophale Ernteauffälle. Auf Betreiben des Herzogs wurde deswegen der Obstanbau gefördert. Der erwirtschaftete Erlös aus dem Weinbau brachte das notwendige Bargeld. Der größte Teil der Bürger war in der Landwirtschaft beschäftigt und hatte hier ihr Einkommen. Aber die vorwiegend auf der Ebene zwischen den Dörfern Filsen und Osterspai liegenden Felder waren durch die streng eingehaltene Erbteilung (Realteilung), in eine Vielzahl kleiner und kleinster Parzellen aufgesplittert. Sie dienten fast ausschließlich der Eigenversorgung. Als Ackerfrüchte wurden überwiegend angebaut: Winterweizen und Winterroggen, Sommergerste, Kartoffeln und Runkelrüben.

Die ansich schon geringe landwirtschaftlich genutzte Fläche erfuhr dadurch eine weitere Einschränkung, daß sie nach der „Dreifelderwirtschaft“ bebaut wurde: Im ersten Jahr wurden sie mit Getreide, im zweiten Jahr mit Hackfrüchten (Rüben und Kartoffeln) bepflanzt und im dritten Jahr lagen diese Felder brach, um sich zu erholen. - Neben der Ackerfläche gab es auch noch Flächen für das Viehfutter: 1869 werden für Filsen aufgezählt: 49 Stück Hausschweine, 76 Milchziegen, 64 Kühe und 2 Ochsen. Diese Tiere wurden nicht nur für die Fleisch- und Milchversorgung gehalten, sondern auch wegen des notwendigen Düngers. Die Knappheit dieses einzigen Düngers führte dazu, daß er ausschließlich in die Weinberge eingebracht wurde. Der Ernteertrag der kleinen Ackerflächen lag aufgrund der so vernachlässigten Düngung weit unter dem Durchschnitt.

Neben den Landwirten und Winzern gab es auch noch eine ganze Reihe Personen, die als Handwerker und Tagelöhner den Lebensunterhalt verdienten und Landwirtschaft nur im Nebenerwerb betrieben: Es gab Schuhmacher, Zimmerleute, Schreiner, Obsthändler Schiffsknechte, Schiffsbauehilfen, aber auch ungelernete Tagelöhner. und „Wurzelgräber“, auch „Kräutersammler“ genannt, die auf den gerodeten Waldflächen Kräuter sammelten und verkauften.

Als Einkommen für die Gemeinde gab es den Wald, der überwiegend aus sogenanntem „Eichenschälwald“ bestand: Die Rinde der Bäume wurde regelmäßig abgeschält und verkauft für die Gerberlohe. Die geschälten Bäume wurden als Brennholz versteigert oder als Weinbergspfähle genutzt bzw. verkauft.<sup>5</sup>

## Hungersnöte

Was erwirtschaftet wurde, wurde benötigt für den Unterhalt der Familie und das reichte oft nicht aus. Vorräte anzulegen war gar nicht möglich und so war man auf die jeweilige Ernte angewiesen. Führten Unwetter oder Krankheitsbefall der Pflanzen (Kartoffelfäule = Mehltau, Reblaus usw.) zu Mißernten, dann wurde dies schnell zu einer Katastrophe: Oft war nicht mehr das „tägliche Brot“ auf dem Tisch und für viele Familien bedeutete dies Hungersnot.

### **Hier nur einige Daten von Mißernten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts:**

**1816** war ein kaltes und feuchtes Jahr. Am 6./7. Juni fiel Schnee und durch die anhaltende Kälte und Feuchtigkeit verfaulten die Früchte auf dem Feld.

**1822** war ein trockenes Jahr, in dem es überall an Wasser mangelte<sup>6</sup>. Dadurch bedingt konnte man „der Mäuse nicht Herr werden, alles zerstörten sie!“ Vom Westerwald wird berichtet, daß ein Lehrer es nicht mehr wagte, die Kinder zum Schulbesuch anzuhalten, weil sie zum Betteln um Brot in das Lahnggebiet gehen mußten.

**1823** zerstörte in wenigen Stunden ein gewaltiges Unwetter mit fast faustgroßen Hagelkörnern die gesamte Ernte in einigen Landstrichen des Herzogtums. Gewaltiger Regen, der zu Überschwemmungen führte, vollendete das Zerstörungswerk.

**1831** verfaulte durch lang anhaltenden Regen die Aussaat.

**1840** zerstörte wieder ein Unwetter mit hühnereigroßen Hagelkörnern die gesamte Ernte und führte zudem zu Überschwemmungen.

**1842** war der Sommer für Nassaus Bewohner sehr schlimm. Es mangelte an allen Lebensmitteln und hier und da herrschte Hungersnot. Selbst in der Stadt Limburg, die am Ende des so genannten „Goldenen Grundes“- einer Kornkammer des Taunus- liegt, gab es oft wochenlang für Geld kein Brot zu kaufen.

**1845** folgte ein langer und strenger Winter mit großem Mangel an Brennholz, so daß viele Kinder selbst zu Hause froren. Und da die Mühlen eingefroren waren, konnte kein Mehl gemahlen werden. Im Sommer vernichtete die Kartoffelfäule einen großen Teil der Ernte.

**1846 /1847** waren wiederum katastrophale Mißernten. Es gab Preissteigerungen bis zu 350% und die Nahrungsmittelknappheit führte vielerorts wiederum zu Hungersnöten.<sup>7</sup>

## Beengte Wohnverhältnisse

Es ist für uns heute kaum mehr nachvollziehbar, in welcher beengten Verhältnissen die Menschen damals wohnten:

Die Wohnhäuser waren einstöckig als Fachwerkbauten konstruiert. Zwischen den Balken wurde ein Geflecht aus Holzstäben eingesetzt, das mit einer Mischung aus Lehm und Strohhäkkel ausgefüllt wurde („Wand“ = gewundene Holzstäbe, im Gegensatz zur „Mauer“: = aus Stein). Die Räume waren niedrig und klein, die Keller nur wenige Stufen unter der Erde. Im oberen Stock waren die Schlafkammern und der Speicher diente als Fruchtboden bzw. für die Lagerung von Heu und Stroh. „Nebenangebaut“ waren der Stall und das Hühnerhaus.

Wie beengt es zuzuging kann man an dem Haus der Familie Stumm in der Pfaffengasse 1 sehen - einem der ältesten Häuser Filsens, das früher noch kleiner war wie heute: In diesem Haus „wohnten“ zwei Familien mit insgesamt 15 Kindern. Dabei gab es im Erdgeschoß nur einen Raum, der zugleich noch als Schusterwerkstatt diente. Die Kinder mußten auf dem Dachboden schlafen, wo es im Winter so kalt war, daß der Atem an der Bettdecke gefror.

### Auswanderung

Da die arbeitsfähigen Menschen keine Arbeit fanden, die Landwirtschaft sie nicht ernähren konnte, wanderten viele ab in die großen Städte. In der sich rasant entwickelnden Industrie hofften sie einen Arbeitsplatz zu finden, oft auch nur für einen Hungerlohn. Sie wurden zum Teil zu dem, was man den „4. Stand“ oder „das Proletariat“ nannte und damit auch zum Potential für die sozialistische Bewegung.

Viele wanderten aber auch aus, um in der „Neuen Welt“ eine neue Existenz zu finden. Es waren oft die Wagemutigsten und Besten, die gingen. Namen wie Schnitzius, Helbach, Karch und so weiter kann man zum Beispiel in den Vereinigten Staaten immer wieder finden.

## 2. Die revolutionären Märztag von 1848

All diese sozialen und gesellschaftlichen Probleme füllten ein Pulverfaß, an dem im März 1848 nicht nur in Nassau, sondern in ganz Deutschland die Lunte glimmte.

Den Anstoß gaben die Abgeordneten Hergenhan und Dr. Ernst Leisler.<sup>8</sup> Am 2. März trugen sie auf einer Volksversammlung vor dem Theater in Wiesbaden die „Forderungen der Nassauer“ vor. Es waren 9 Punkte, die unter großem Jubel des Volkes beschlossen wurden:

- 1. Allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Anführer, namentlich sofortige Ausgabe von 2.000 Flinten und Munition an die Stadtbehörde von Wiesbaden.<sup>9</sup>**
- 2. Unbedingte Pressefreiheit**
- 3. Sofortige Einberufung eines deutschen Parlaments**
- 4. Sofortige Vereidigung des Militärs auf die Verfassung**
- 5. Recht der freien Vereinigung**

6. **Öffentlichkeit, öffentliches mündliches Verfahren vor Schwurgerichten**
7. **Erklärung aller Domänen zum Staatseigentum, unter Kontrolle der Verwaltung der Stände**
8. **Sofortige Einberufung der zweiten Kammer lediglich zum Entwurf eines neuen Wahlgesetzes, welches auf dem Hauptgrundsatz beruht, daß die Wählbarkeit nicht an einen gewissen Vermögensbesitz gebunden ist.**
9. **Beseitigung aller Beengungen der uns verfassungsmäßig zustehenden Religionsfreiheit.**

Diese Forderungen wurden an den Staatsminister Dungen überbracht, der versprach, was er versprechen konnte: Pressefreiheit und das Bewaffnungsrecht. Ferner gelobte er, alle Kraft aufzubieten, um auch die übrigen Forderungen durchzusetzen. Denn Herzog Adolf war in Berlin, von wo er in aller Eile mit der Eisenbahn nach Wiesbaden zurückkam. Die Menschenmenge schwoll auf 30.000 Personen an, überwiegend Bauern, die sich für einige Tage mit Proviant versorgt hatten. Immer neue Gerüchte tauchten auf und heizten die Stimmung weiter an. Der erst sechzehnjährige Bruder des Herzogs, Nikolaus, ging unter die Menge, um sie zu beruhigen. Minister Dungen ließ derweil die Geleise der Bahn unterbrechen, um so zu zeigen, daß keine Bundestruppen zur Niederschlagung der Revolution anrücken würden. Von Stunde zu Stunde steigerte sich die Spannung vor dem Schloß in Wiesbaden. Die Herzogliche Regierung hatte faktisch aufgehört zu regieren und den Kopf verloren. Die gesamte Staatsführung lag wie in Erstarrung: Eine solche Explosion hatte in diesem kleinen Land Nassau niemand erwartet

In den folgenden Tagen steigerte sich die Spannung noch mehr und die Forderungen wurden immer radikaler: Man solle die ganze Nassauische Staatsverfassung über den Haufen werfen und die Republik ausrufen. Die verwitwete Herzogin Pauline und ihr Sohn Nikolaus leisteten persönlich Bürgschaft dafür, daß der Herzog die Forderungen bewilligen werde und Staatsminister Dungen erklärte, daß er ohne Pension seine Stelle niederlegen werde, wenn der Herzog die Forderungen nicht erfüllen sollte.

Am 4. März gegen halb fünf Uhr erschien endlich der Herzog. Er begab sich zu Fuß vom Bahnhof nach dem Schloß, wo ihm die Herzogin, der Prinz und der Minister vom Balkon herab ängstlich harrend entgegenwinkten.

Nach einer kurzen Pause erschien der Fürst auf dem Balkon und sprach mit fester Stimme zu den Tausenden: „Nassauer, die Forderungen, die ihr an mich gestellt habt, deren Gewährung auch mein Minister versprochen und meine Mutter und mein Bruder mit ihrem Namen verbürgt haben, genehmige ich und werde ich halten!“ Ein endloser Jubel antwortete auf diese Worte und trug sie weiter zu den Fernstehenden „Habt Vertrauen auf mich, wie ich Vertrauen habe auf eure Treue und Mut, wenn das Vaterland bedroht ist und eurer bedürfen sollte!“ Der Herzog selber mußte beschwichtigen, auf daß das donnernde Hochrufen und Jubilieren ein Ende nehme.

Ein solcher plötzlicher Umschlag von der höchsten Bangigkeit und Aufregung zu größter Freude und Beruhigung mag schon im Leben des einzelnen selten

vorkommen, aber in dem Leben eines ganzen Volkes gehört er gewiß zu den allerseltensten Augenblicken.<sup>10</sup> Der Herzog schloß mit den Worten: „Nun geht mit Gott nach Haus und habt Vertrauen zu mir, wie ich auf euch!“

Man könnte über eine solche „Revolution“ heute laut lachen, aber die Nassauer wollten eigentlich keine Revolution, sondern Reformen. Und so hofften viele, daß nun sich alle Probleme lösen würden und gingen friedlich nach Hause zurück.

In Wiesbaden und auch anderen Orten konstituierte sich eine Art „Wohlfahrtsausschuß“ - das „Sicherheitskomitee“, das die Regierung übernahm, bis die herzoglichen Behörden nach einigen Wochen wieder aus der Erstarrung zurückgefunden hatten.

In der Zwischenzeit aber ging es im Lande teilweise turbulent zu: Jetzt stellte sich heraus, was die Bauern zur Revolution getrieben hatte und in den größeren Städten die Arbeiterbevölkerung: Es war vor allem der materielle Druck gewesen, die Lasten und die Not. Darum glaubte man jetzt auf dem Lande, man brauche künftig keine Steuern mehr zu zahlen, Wild könne man jagen nach Belieben, Holz fällen wann und wo man wolle, den Zehnten geben nach Belieben, Zinsen zahlen oder auch nicht - all dies hielt man für die Freiheit. Man jagte die Förster fort, nicht bloß weil sie Polizeigewalt ausgeübt hatten, sondern nicht minder auch deshalb, weil sie Geld kosteten. Auch die Hebammen wollte man abschaffen, weil sie Geld kosteten<sup>11</sup>. Man suchte wohl gar mit den Schullehrern und Pfarrern zu akkordieren ( d.h. sich über eine niedrige Besoldung zu einigen) u.s.w. Das Eigentümliche bei der Sache war, daß die Bauersleute bei ihren Forstfreveln, Wilddiebereien und Zahlungsverweigerungen - vermöge der Proklamation vom 4.März - auf vollkommen gesetzlichem Boden zu stehen glaubten. Einen merkwürdigen Beleg hierfür lieferte eine Petition, die von einer Westerwälder Gemeinde dem Landtag zugesandt wurde. Darin hieß es, der Förster habe sich erkühnt, wildernde Gemeindebürger als Wilddiebe anzuzeigen, da nun die Jagd frei, die Jagdpolizei hingegen verboten sei, so werde die Kammer ersucht, den Förster als Frevler gegen das Forstgesetz bestrafen zu lassen!

Die sozialen Spannungen machten sich auch auf andere Weise bemerkbar: Durch das Aufkommen der Dampfschiffe auf dem Rhein waren die Treidler aber auch die Gastwirte, wo sie übernachteten in ihrer Existenz bedroht. Die Eisenbahn als neues Verkehrsmittel machte den Fuhrleuten ihre Arbeit streitig. So wurden in den ersten Apriltagen Dampfschleppschiffe beschossen und die Taunuseisenbahn, die teilweise über Nassauer Gebiet führte, wurde zerstört. Waldungen wurden abgeholzt, besonders in „standesherrlichen“ Ortschaften aus Rache und zur Bestrafung des nicht nachgiebigen Standesherrn. Die Osterspaier Bürger sahen die Gelegenheit gekommen, endlich mit dem Freiherrn von Preuschen abzurechnen: Der alte Waldstreit brach wieder auf und sie holten sich Holz aus dessen Waldung.<sup>12</sup>

Es waren turbulente Tage, die auch andere seltsame Blüten trieben: So wurde gefordert, die Hälfte der Nassauischen Wälder umhauen zu lassen, um Kartoffelfelder an ihrer Stelle anzulegen und ähnliche weit überzogene Utopien schwirrten in den Köpfen herum. Riehl schreibt: „War ein Bauer in die Stadt gekommen, dann nahm er gewiß ein radikales Flugblatt im Büchsenranzen(=Rucksack) mit nach Hause. Und diese „Samenkörner“ sollten nicht auf steinigem Boden fallen.“<sup>13</sup>

Da die untere Beamtenschaft des Herzogtums schlecht bezahlt und oft despotisch behandelt wurde, witterte auch diese nun endlich die Freiheit und biederte sich oft den aufsässigen Bauern an. Sie verband sich mit deren Zielen und benutzte die Amtsvollmacht häufig im revolutionären Sinne. So kam es, daß die oberen Landesbehörden oft machtlos waren und das ausführten, was von unten „angeordnet“ wurde. In diesen revolutionären Tagen wurde die Auffassung vertreten, daß der „4.März“ alles aufgehoben habe, so auch die Hierarchie der Behörden. So kam auch ein neues Nassauer Sprichwort auf: „Die Regierung schreibt, was ihr von den Bauern mit Dreschflegeln zugewinkt wird!“<sup>14</sup>

„Die naive Frage zu beantworten, wer eigentlich damals regiert habe in Nassau, wäre ein großes Kunststück. Da waren die öffentlichen Behörden, die ein Stückchen regierten, ein Ministerium, das manchmal einen scheuen Versuch wagte, Sicherheitsausschüsse, Bürgerwehren, Klubs und Vereine, Volksversammlungen, einzelne Volksagitatoren - alles regierte ein bißchen durcheinander, übereinander, die kreuz und die quer, wie es gerade kam; so recht eigentlich aber regierte niemand.“ so W.H. Riehl in der „Nassauischen Chronik des Jahres 1848“.

### **3. Das Parlament in der Paulskirche**

Der Freiheitsgedanke der französischen Revolution hatte also auch in Deutschland Feuer gefangen. Man wollte sich nicht mehr länger durch die Fürsten und die Obrigkeit einschüchtern und unterdrücken lassen. In ganz Deutschland war die Revolution ausgebrochen - Gott sei Dank bis auf wenige Ausnahmen unblutig. Dazu kam auch das neue Nationalbewußtsein, das die Kleinstaaterei (Partikularismus) überwinden wollte. So ist auch die erste Strophe des Deutschlandliedes zu verstehen, das Hoffmann von Fallersleben gedichtet und im Kreise von anderen Dichtern auf dem „Rheinischen Poetensommer“ 1843 im Gasthaus zum „Goldenen Pfropfenzieher“ in Oberwesel zum erstenmal sang:

**Deutschland, Deutschland über alles  
über alles in der Welt,  
Wenn es stets zu Schutz und Trutze  
brüderlich zusammenhält  
von der Maas bis an die Memel,  
von der Etsch bis an den Belt  
Deutschland Deutschland über alles,  
über alles in der Welt<sup>15</sup>**

Das war nicht Ausdruck eines überzogenen Herrschaftsanspruchs, sondern die Sehnsucht und der Aufruf zur Vereinigung aller Deutschen. So trat am 18.Mai 1848 das erste deutsche Parlament in der Paulskirche von Frankfurt am Main zusammen, um dem zukünftigen vereinten Deutschland eine Verfassung zu geben. Von Nassau wurden dorthin sechs Abgeordnete gesandt, zu denen Hergenbahn, Max von Gagern (einige Jahre Vorsteher des Amtes von Braubach), und als Vertreter des Wahlkreises Braubach/St. Goarshausen Friedrich Schepp gehörten.<sup>16</sup>

Geplant war eine Verfassunggebende Versammlung, in der sowohl die Rechte der Landesherren, aber auch die Freiheit der Bürger festgeschrieben werden sollten. Im Ergebnis sollte so ein neues Reich in Form eines Bundesstaates mit einer konstitutionellen Monarchie entstehen. Ein schwieriges Unternehmen, denn wie wollte man auch den privilegierten Landesherren beibringen, daß sie nicht „von Gottes Gnaden“ Herrscher seien, sondern durch die „Volkssouveränität“?

Erzherzog Johann von Österreich, ein Habsburger, wurde am 29. Juni 1848 zum „Reichsverweser“ ernannt. Aber er konnte sein Amt nur bedingt ausüben, weil die deutschen Fürsten zögerten, ihm ihre Truppen als Bundestruppen zu unterstellen. Sie zögerten dies so lange hinaus, bis sie sich wieder mächtig genug fühlten, jede Mitarbeit zu verweigern und sie wieder die Herren im eigenen Hause waren. Die Paulskirchenversammlung scheiterte 1849 an ihrer mangelnden Entschlossenheit und an der Reaktion der Fürsten.

War also alles umsonst? Zwar scheiterte die Paulskirche, aber es war nicht mehr alles wie vor 1848: Der Funke der FREIHEIT hatte gezündet und in den Menschen war eine Sehnsucht nach gesellschaftlichen, politischen Veränderungen entstanden und der Wunsch nach der Einheit aller Deutschen. Sehr deutlich drückt dies das Frühlingsgedicht von Emmanuel Geibel aus. Mit einem anscheinend romantischen Charakter hat es doch eine hochpolitische Aussage:

**„ Und dräut der Winter noch so sehr  
mit trotzigem Gebärden!  
Und wirft er Eis und Schnee umher:  
es muß doch Frühling werden!“**

(Erläuterung: Winter = die Fürsten; trotzigem Gebärden = Reaktion der Fürsten; Eis und Schnee = Mittel der Unterdrückung; Frühling = Demokratische Freiheiten)

#### **4. Die Folgen der Revolution**

##### **In der Verwaltung**

In Nassau gab es einige spürbare Veränderungen: Zwar zog der Herzog von Nassau wieder die Zügel an, aber er mußte doch Freiheiten gewähren und konnte die Beschlüsse des neuen Landesparlaments (= Kammer) nicht einfach übergehen. So gewährte er einige wichtige Freiheitsrechte, die in den neun Punkten des Forderungskatalogs vom 4. März enthalten gewesen waren.

Neben der Pressefreiheit, der Öffentlichkeit der Schwurgerichte wurde eine neue Gemeindeordnung erlassen, die allen Bürgern gleiches Stimmrecht gab. So wurden 1848 neue Gemeinderäte und Bürgermeister gewählt. Die Gemeinden hatten von jetzt an das Recht, einen eigenen Haushaltsplan aufzustellen. Dies führte, wie Riehl schreibt, zu mehr „Selbständigkeit, Selbsttätigkeit und Selbstprüfung“<sup>17</sup>

Die neu gewählte Kammer (Parlament) nahm ihre Arbeit in Wiesbaden auf. Da aber



dies alles neu war, den Abgeordneten die Arbeit ungewohnt war, brauchte es eine lange Anlaufzeit, bis von dort klare Gesetze kamen, zumal Hergenhahn nach dem Scheitern der Paulskirche als Staatsminister zurückgetreten war. Aber der Herzog konnte künftig nicht mehr schalten und walten, wie er es wollte, sondern hatte sich den Beschlüssen des Parlamentes zu fügen.

### Die Aufhebung des Zehnten

Für ganz Nassau und eben auch für Filsen war es eine große Erleichterung, daß der „Zehnt“- Abgabe des 10. Teil der Ernte an den Lehnherrn - aufgehoben wurde. Zwar gab es schon früher eine herzogl. Darlehenskasse, aus der Darlehen genommen werden konnten, um den Zehnt abzulösen, d.h. dieses Recht dem Lehnherrn durch eine einmalige Zahlung abzukaufen, aber davon hatten nur wenige Gebrauch gemacht, da sie es entweder nicht wußten oder sie keine Möglichkeit sahen, das Darlehen abzuzahlen.

Das neue Gesetz vom 24.Dezember 1848 zur Ablösung des Zehnten verpflichtete, einen 14fachen Jahresbetrag an den Zehntberechtigten zu zahlen. Die Staatskasse wurde darüber hinaus verpflichtet, noch einen zweifachen Betrag zuzuschießen „so der Zehntberechtigte den 16-fachen Betrag zur Ablösung seines Rechtes ausgezahlt bekam“.<sup>18</sup>

Das alles stand nun auch für Filsen an: Wer war in Filsen zehntberechtigt? Waren es im Mittelalter viele Adelige und „Stiftere“<sup>19</sup>,so waren 1806 deren Zehntrechte „mediarisiert“ worden, d.h. an das Herzogtum Nassau gefallen. Als zehntberechtigt blieb also noch die Pfarrei, denn sie mußte von diesem Zehnt den Pfarrer und die Kirche unterhalten. In einem Schreiben an das Herzogliche Amt Braubach vom 26.Januar 1856 schildert der Kirchenvorstand von Filsen eindrucksvoll die Situation:

*„Nach der Verordnung vom 24.Dezember 1848 ließen die Bevollmächtigten von seiten der Zehntpflichtigen , die Besitzer versammeln, um eine Vereinigung mit ihnen und mit dem Pfarrer zu treffen. Da aber die Weinberge keinen Ertrag lieferten, so erklärten sich die Besitzer, nichts geben zu wollen, weshalb die Versammlung beschlußlos auseinanderging, und so blieb die Sache unerledigt bis heute, indessen trägt das Feldgericht gehorsamst darauf an, das hochlöbliche Amt wolle die Zehntablösung gefälligst verfügen“.*

In einem ähnlichen Schreiben, das Pfarrer Dirk an Dekan Schröder in Camp schickte, bezieht er sich auf den Zehnt, der von verschiedenen Äckern erhoben wird, der aber seit 1849 nicht mehr entrichtet wurde. Er bittet um die Ablösung des Zehnten.

Diese beiden Beispiele zeigen, daß die Revolution sich auch in Filsen auf ihre Weise auswirkte und es wie anderwärts „Volksversammlungen“ und Verweigerung der Zehntzahlungen gab. Ein Teil des Zehnten wurde zwar 1850 abgelöst aber der Rest zog sich noch hin bis in die Preußische Zeit, bis am 9.6.1881(!) mit 1.233 Mark und 82 Pfg. der Zehnt endgültig abgelöst wurde. 1892 folgte dann noch die Ablösung der „Pfarrholzbesoldung“ gegen die Summe von 8.087,50 Mark.<sup>20</sup>

## **Die wirtschaftlichen Folgen der Revolution**

Die Revolution brachte eine wirtschaftliche Rezession mit sich: Riehl schreibt dazu: „Die Bäderindustrie war im Jahre 1848 zu einer solchen Nichtigkeit herabgesunken, wie sich dessen kaum die älteren Leute erinnern konnten, alles Handwerk stockte, kein Geld war flüssig, denn niemand hielt sich seines Eigentums für sicher. Der Bergbau, welcher hauptsächlich den Gewerbefleiß der nördlichen Landesteile bedingte, geriet in einen erschreckenden Verfall. Hunderte von Arbeitern wurden oft an einem Tage brotlos, weil man die ergiebigsten Gruben aus Mangel an Absatz stilllegte. Auch mit dem Braunkohlenbau, von welchem der Wohlstand der Westerwälder Städte abhing und der sonst weit weniger von den Strömen des großen Geldmarktes berührt wurde, ging es immer schiefer. Denn weil das Brennholz bei den steten Waldplünderungen zu einem Spottpreis zu kaufen war, konnte die Braunkohle die Konkurrenz nicht mehr aushalten. Manche Hüttenbesitzer arbeiteten mit Schaden (=Verlust), stellten aber doch die Werke nicht still, weil sie so viele Arbeiter nicht brotlos machen wollten; allein als die Aussichten fortdauernd gleich trübe blieben, mußten sie doch zuletzt eine Menge fleißiger armer Leute aufs Pflaster setzen.

Die Verhältnisse machten den gewerbetreibenden Städter gar bald zahm und geduckt. Sie trugen wohl auch nicht wenig dazu bei, daß auch die weinanbauende Bevölkerung sich jetzt so musterhaft ruhig verhielt. Die Keller lagen seit zwei Jahren voll köstlicher Weine, aber nirgends wollte sich ein Käufer blicken lassen.“<sup>21</sup>

## **5. Aufbruch in der Kirche**

Das Revolutionsjahr 1848 ging im positiven Sinn auch an der Kirche nicht spurlos vorbei. Zu sehr war die Kirche durch die Säkularisation und das „Staatskirchentum“ durch die Fürsten gefesselt worden, als daß sich nicht auch in ihr politische Kräfte regten, die für die Kirche mehr Freiheiten forderten.

In Mainz kam es zum ersten „Katholikentreffen“. Hieraus entstand das, was heute noch als „Katholikentag“ existiert. Dort wurden die Forderungen nach mehr Freiheit für die Kirche und die Einheit der deutschen Kirche vorgetragen. Es war aber auch für die Teilnehmer das große Erlebnis, über die Grenzen des eigenen Fürstentums hinauszuschauen und zu erleben, daß die katholische Kirche nicht nur „Landeskirche“ ist, sondern alle Menschen umfaßte.

Viele Pfarrer engagierten sich, indem sie ihren Gläubigen das Bewußtsein gaben, daß der politische Aufbruch nicht etwas Schlechtes sei, sondern den Weg in die Zukunft weise. Bekannt sind die Aufrufe der Pfarrer Berger aus Boppard und Nick aus Salzig, die für einen Forderungskatalog Unterschriften sammelten. Darin forderten auch sie, was an anderer Stelle von der Nationalversammlung in der Paulskirche gefordert wurde: „Die Einführung der allgemeinen Staatsbürgerrechte ohne Unterschied der Konfession, die unbeschränkte Lehr- und Unterrichtsfreiheit, unbeschränkte Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die freie öffentliche und private Religionsausübung und schließlich auch die vollständige Unabhängigkeit der katholischen wie auch ausdrücklich jeder anderen Kirche und Religionsgemeinschaft vom Staat.“<sup>22</sup>

In mehreren Petitionen haben die beiden Pfarrer diese Forderungen an die gewählten katholischen Abgeordneten weitergereicht. Ihre Anliegen waren auch die Themen der ersten Bischofskonferenz in Deutschland seit 300 Jahren, die vom 22. Oktober bis zum 16. November 1848 dauerte und in Würzburg stattfand. Anstoß dazu gab der Kölner Erzbischof Johannes von Geissel, der erkannt hatte, daß die kirchenfeindliche Stimmung der Paulskirchenversammlung der katholischen Kirche gefährlich werden könne. Die entscheidenden Sitzungen der Nationalversammlung dauerten vom 21. August bis 8. September 1848. Darin ging es vor allem um das Verhältnis der Kirche zum Staat. Die eine Richtung sah das Heil in einer radikalen Trennung von Kirche und Staat, während eine andere in der völligen Unterordnung der Kirche unter die Staatsgewalt eine Lösung der Probleme zu erkennen glaubte. In dieser Phase besprach sich Erzbischof Geissel mit den katholischen Abgeordneten in Frankfurt. Unter diesen war der bekannteste der Priester Wilhelm Emanuel Freiherr v. Ketteler, studierter Jurist und eine energische Persönlichkeit, der später als „Sozialbischof“ von Mainz bekannt wurde.

Die Abgeordneten drängten auf eine allgemeine Nationalsynode. Aber eine solche Synode wäre zu schwerfällig gewesen, um die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Es mußte schnell gehandelt werden. So kam es zur Versammlung der Bischöfe der deutschen Sprache, also auch der Bischöfe Österreichs.

Es war für die Bischöfe, die bisher mehr oder minder an die jeweiligen Landesherren gebunden gewesen waren, ein völlig neues Erlebnis, gemeinsam über die Position der Kirche in Deutschland zu sprechen und Problemlösungen nicht nur wie bisher auf ihren einzelnen Kleinstaat beschränkt zu betrachten.

### **Es waren fünf Themenkreise, die es zu verhandeln galt:**

- 1. Das Verhältnis Kirche und Staat.**
- 2. Das Schulwesen und die Unterrichtsfreiheit.**
- 3. Die Ausbildung des Klerus und der Studienanstalten, sowie die Forderung der Landesherren nach einer staatlichen Prüfung.**
- 4. Die Probleme der selbständigen Verwaltung des Kirchenvermögens.**
- 5. Fragen der weiteren Zusammenarbeit der deutschen Bischöfe.**

In den Augen der Staatsregierungen, die allesamt die katholische Kirche unter das Joch ihres Territorialismus gebeugt hatten und bestrebt waren, diesen Zustand beizubehalten, galt das Aufwerfen und Erörtern dieser Fragen schon beinahe als Hochverrat.<sup>23</sup>

Besonders bekannten sich die Bischöfe in der Treue zum Papst und gegen die sogenannten „Deutschkatholiken“, die eine von Rom unabhängige Kirche wollten. Auch die dringenden sozialen Verhältnisse wurden von den Bischöfen besprochen. Als äußeres Zeichen dafür haben sie eine Armenspeisung für 200 bis 300 Bedürftige der Stadt Würzburg durchgeführt, bei der die Bischöfe selbst die Leute bedienten und sich leutselig mit den Armen unterhielten.

Später wurde - in Anlehnung an eine altkirchliche Sitte - den Armen noch warme Kleidung und Brennholz für den bevorstehenden Winter ausgeteilt.

Abschließend läßt sich zu diesem Themenkreis folgendes sagen:

„Die Würzburger Beschlüsse stellten in Bezug auf das vielfältig geschichtete Verhältnis Kirche und Staat eine Art Maximalprogramm dar, das erst sehr spät und mit viel Kampf und Mühe einigermaßen durchgesetzt werden konnte.

Die Konferenz der Bischöfe war ein Wendepunkt in der vielhundertjährigen deutschen Kirchengeschichte. Die kirchliche Freiheitsbewegung empfing dadurch sehr viel Anregungen, ohne eine völlige Trennung von Kirche und Staat beabsichtigen zu wollen. Die Menschen, die nach mehr Freiheit und gesicherten sozialen Verhältnissen strebten, sahen sich von den Bischöfen ernst genommen und dankten es ihnen mit wachsender Liebe und Solidarität. Die soziale Bewegung, das kirchliche Vereinswesen, das wieder erwachte, erstarkende Ordensleben gaben der katholischen Kirche in Deutschland ihr neues Gesicht.“<sup>24</sup>

## **6. Der Kirchliche Kampf um Selbständigkeit im Herzogtum Nassau**

Bischof Peter Josef Blum von Limburg<sup>25</sup> sah mit der Revolution von 1848 die Gelegenheit gekommen, die „Landesherrliche Verordnung vom 30. Januar 1830“ auszuhebeln, wobei er sich auf die Forderung der Religionsfreiheit berufen konnte. Der katholische Regierungsrat Busch aus Wiesbaden überzeugte ihn aber, daß in der gegenwärtigen Situation die Regierung unfähig oder auch nicht willens sei, größere Veränderungen vorzunehmen. Er empfehle, daß man sich bemühen solle, katholische Kandidaten für das zu wählende Landesparlament aufzustellen. Bischof Blum erließ einen Hirtenbrief, in dem er die Gläubigen aufrief, sich nach zuverlässigen katholischen Kandidaten umzusehen und diese zu wählen. Dies hatte den Erfolg, daß Max Lieber aus Nassau in die Landesversammlung und Max von Gagern ins Paulskirchenparlament gewählt wurden.

Ein kirchenpolitischer Durchbruch gelang aber Bischof Blum nicht. Zwar forderten die katholischen Vereine, die sich überall im Herzogtum bildeten, „alle Beengungen der -verfassungsmäßig zustehenden Religionsfreiheit“ zu beseitigen.

Aber hier hatte die Landesregierung eine andere Interpretation von „religiöser Freiheit“ wie Bischof Blum und die Katholiken: Vom katholischen Verständnis her war mit „Religionsfreiheit“ gemeint nicht nur die Freiheit des einzelnen, sondern auch die Freiheit der Kirche als Institution. Die Herzogliche Landesregierung verstand unter Religionsfreiheit zwar die Freiheit des einzelnen, nicht aber der Institution Kirche. *„Auch bei dem vollsten Maße gewährter Religionsfreiheit kann der Staat auf das natürlich begründete und deshalb unveräußerliche Recht der Oberaufsicht über die im Staatsgebiet befindlichen Kirchen, welcher Confession sie auch seyn mögen, nicht verzichten.“* Bis auf kleine, wenig bedeutende Modifizierungen, war die Kirche auf den Status quo verwiesen.<sup>26</sup>

Dennoch war nicht mehr alles wie vorher: Die Anordnungen des Herzogs hatten bei weitem nicht mehr die Durchsetzungskraft wie vor der Revolution. Klaus Schatz schreibt treffend: „Es gab zwar keine freie Kirche, so jedenfalls doch eine frei sein wollende und sich mit der Knechtschaft nicht mehr abfindenden Kirche. Und dieser Wille ließ sich nicht mehr zurückdrängen.“

Es bildeten sich die „Katholischen Vereine“, die Borromäusbibliotheken und Lesevereine, kirchliche Wohlfahrtsvereine wie Vinzens - und Elisabethenvereine. Und es wurde auch nicht lange um eine herzogliche Erlaubnis nachgesucht: Wallfahrten wurden wieder durchgeführt, Volksmissionen abgehalten und gegen Widerstände auch neue Ordensniederlassungen gegründet. Auf diese Weise entstanden die Barmherzigen Brüder von Montabaur, die „Genossenschaft der armen Dienstmägde Jesu Christi“ durch Mutter Maria Kasper in Dernbach (Dernbacher Schwestern). Am 7. September 1850 wurde nach 33 Jahren der Wallfahrtsort Bornhofen wieder durch die Redemptoristen neu besiedelt. Zwar leistete die Regierung in Wiesbaden Widerstand, aber die massive Solidarität gegen die Ausweisung der Patres, ließ größere Unruhe erwarten und so gab man hier schließlich nach. Im entscheidenden Punkt allerdings mußte Bischof Blum kapitulieren: Die Verwaltung des kirchlichen Vermögens blieb in staatlicher Hand, denn das war eben der entscheidende Hebel, durch den der Landesherr Einfluß auf die Kirche nehmen konnte. Dieser Zustand blieb so bis zum Ende des Herzogtums und änderte sich erst 1867, nachdem das Bistum Limburg preußisch geworden war.

Für Filsen hieß dies: Nicht nur der Pfarr - und Kirchenfond mußte vom Amt Braubach weiterhin genehmigt und revidiert werden, sondern auch der damals bereits eingerichtete Kirchenbaufond wurde vom Staat verwaltet. Das eingezahlte Geld durfte nicht auf einer anderen Bank als der Herzoglichen angelegt werden, auch wenn diese höhere Zinsen gezahlt hätte.<sup>27</sup>

## **7. Die Preußen kommen - das Ende des Herzogtums Nassau**

Die politische Lage in Deutschland spitzte sich zu: Die beiden deutschen Großmächte Preußen und Österreich versuchten, die Vorherrschaft über ganz Deutschland zu gewinnen. Im März 1866 verschärften sich die Auseinandersetzungen.

Golo Mann schreibt in seiner Deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts: Preußens Krieg gegen Österreich/Deutschland war nicht ein Krieg um die nordische Beute, gemeint ist hier Schleswig-Holstein, das Österreich und Preußen zusammen besetzt hatten. Es war ein Krieg um die Vorherrschaft in Deutschland. Die beiden Mächte konnten sich über Schleswig-Holstein nicht einigen, weil sie sich über Deutschland nicht einigen konnten. Rüstungen und Gegenrüstungen, - letzte Scheinangebote halfen wenig. Die Krise vor dem Krieg dauerte länger als der Krieg selber.<sup>28</sup>

Zum Ausdruck kommt dies in Filsen in einem Beschluß des Kirchenvorstandes bereits 1859, als man zwar Geld genug für den Kirchenbau zusammen hatte, aber wegen „der drohenden Kriegsgefahr“ nicht mit dem Kirchenbau beginnen wollte.<sup>29</sup>

Zwischen den Großmächten standen die Kleinstaaten. Die nordischen Kleinstaaten schlossen sich Preußen an, die Süddeutschen Länder Hannover und Sachsen stimmten zwar im Bundestag von Frankfurt am 14. Juni 1866 mit Österreich für eine „Kriegsexecution“ gegen Preußen, weil es rechtswidrig Schleswig-Holstein ganz besetzt hatte, wollten aber dann doch neutral bleiben. Es nutzte ihnen aber nichts, sie wurden von Preußen annektiert wie auch weitere norddeutsche Kleinstaaten. Preußens Ministerpräsident Bismarck schloß mit Italien einen Pakt, damit Österreich im Falle eines Krieges auch dort angegriffen würde.

Und Österreich trat Venetien, und die Lombardei an Frankreich ab, damit dieses im Falle eines Krieges neutral bliebe.

Auch Nassau wäre gerne neutral geblieben, aber die Berater des Herzogs Adolf schlugen vor, sich mit Österreich, Hessen-Darmstadt, Bayern, Baden und Württemberg, sowie der Freien Stadt Frankfurt gegen Preußen zu verbinden. Die Mobilmachung lief schon einige Zeit, weil Herzog Adolf der Überzeugung war, der eigentlich schon seit dem Wiener Kongreß schwelende Konflikt (Deutscher Dualismus) werde diesmal nicht ohne Krieg ausgetragen werden können. Da Kriegsvorbereitungen auch Geld kosten, beantragte der Herzog bei der Ständeversammlung die Gewährung einer Staatsanleihe in Höhe von 500 000 Gulden. Nachdem die 2. Kammer dies dreimal abgelehnt hatte, löste der Herzog das Parlament kurzerhand auf. Dennoch war die Stimmung im Herzogtum gegen die Kriegsvorbereitungen. Die Opposition brachte eine große Volksversammlung in Oranienstein zusammen, wo sie die Neutralität Nassaus forderten. Dies aber wurde vom Herzog ignoriert.<sup>30</sup>

Es war auch Eile geboten, denn die Kriegshandlungen hatten bereits begonnen. Der Herzog holte sich beim Bankhaus Rothschild in Frankfurt das notwendige Geld und zog alle Reservisten ein. Zu denen gehörte auch ein Hauptmann Vogler, der auf der Marksburg in Braubach in Festungshaft saß, weil er bei einem Duell einen jungen vornehmen nassauischen Offizier getötet hatte.<sup>31</sup>

Das preußische Militär hatte unterdessen in einer Nacht- und Nebelaktion vom linken Rheinufer aus, das preußisch war, auf der nassauischen Seite alle Schiffe und Kähne gekapert und in Koblenz und St. Goar festgelegt. Damit suchten die Preußen Übergriffe auf ihr Staatsgebiet zu verhindern.<sup>32</sup>

Preußen ließ sich auf keine Verhandlungen mehr ein und wollte nunmehr „reinen Tisch“ machen. Zwar schrieb das „Frankfurter Abendblatt“ am 1. Juli 1866: „Die Preußen sind gestern (29. Juni) von den Österreichern unter Gablenz vollständig geschlagen worden: sie ließen tausend Tote und Verwundete auf dem Schlachtfelde und zogen sich auf das preußische Gebiet hin zurück“ aber in Wirklichkeit waren die Bundestruppen (von den Preußen „Reichstruppen“ genannt) auf dem Rückzug: Die Bayern wurden im Saaletal bei Hamelburg in schweren Gefechten geworfen, und in der Schlacht bei Königsgrätz am 3. Juli wurden die österreichischen Truppen vernichtend geschlagen.

Daraufhin wurden umgehend Waffenstillstandsverhandlungen angeboten.

In Wiesbaden-Schierstein wurden am Hafen Geschütze aufgestellt, um zu verhindern, daß preußische Truppen mit Dampfschiffen gelandet wurden, aber die Preußen kamen über die Taunushöhen und durch die Wetterau auf Frankfurt zu. Die Geschütze zeigten also in die falsche Richtung.

Am 16. Juli marschierten die Preußen in Frankfurt ein, nachdem sich die Bundestruppen und die Frankfurter Bürgerwehr kampfflos zurückgezogen hatten. Es muß auch der Kampfeswille der Frankfurter nicht all zu groß gewesen sein, denn eine Karikatur läßt einen Sergeant seinem Hauptmann berichten: „Herr Hauptmann, de Feind is drüwe nach Offebach abgezoche!“ Worauf der sehr beleibte Hauptmann auf dem Pferd seinen Degen in die Scheide schob und sagte: „Gott sei Dank, des hätt aach was gewwe!“<sup>33</sup>

Nach der Schlacht bei Zorn an der Bäderstraße, über die es keine genauen und nur widersprüchliche Berichte gibt, zogen die preußischen Truppen kampfflos am 18. Juli nachmittags in Wiesbaden ein.

Der Herzog von Nassau dankte ab, bat aber seine Beamten, auch weiterhin ihre Pflicht zu tun, selbst wenn er sie aus ihrem Eid auf den Herzog entlasse. Er seinerseits bekam von Preußen eine großzügige Abfindung, wurde aber des Landes verwiesen und wurde 1890 zum Großherzog von Luxemburg „befördert“. General Vogel von Falkenstein übernahm die Regierungsgewalt im Herzogtum Nassau, in Frankfurt, dem Großherzogtum Hessen und den von Preußen eroberten bayerischen Gebieten. Das Herzogtum hatte damit aufgehört zu existieren und war nun Teil des Königreiches Preußen, das den Namen „Provinz Hessen-Nassau“ erhielt.<sup>34</sup>

Rudolf Dietz, der Nassauische Mundartdichter faßt die Stimmung in der Bevölkerung, die größtenteils gegen diesen Bruderkrieg war, in folgenden Versen zusammen:

**„Nach de Schlacht bei Zorn  
Do simmer hie erim Preuße worn,  
Schwarzweiße Pehl (Pfähle) gabs allerwehe  
Es hat uns nit drim uffgelehe.  
Sunst härre mir die Schlacht gewunne  
Jetzt hummer uns enin gefunne.“<sup>35</sup>**

---

<sup>1</sup> Riehl Wh. „Nassauische Chronik des Jahres 1848 Idstein 1979 ISBN 3-922027-99-7 „Nachwort von Winfried Schüler S. 117

<sup>2</sup> Simultanschule: In Nassau gab es keine Konfessionsschule mehr, sondern Schüler verschiedener Konfessionen waren in einer gemeinsamen Schule. Klaus Schatz schreibt in seiner Geschichte des Bistums Limburg dazu: „Gerade in Nassau war die Tendenz zum konfessionellen Ausgleich und auch zur Relativierung der dogmatischen Unterschiede sehr stark ausgeprägt“. Daher gab es auch in den Schulen den „ökumenischen Religionsunterricht“ Wie sah die Wirklichkeit eines solchen „ökumenischen“ Religionsunterrichtes aus? Es sollte ein allgemeiner „christlicher“ Religionsunterricht sein. Wenn man sich freilich die Lehrpläne und Programme desselben anschaut ,dann laufen sie weitgehend auf eine allgemeine aufgeklärte Vernunftreligion hinaus, die um die Trias „Gott - Vorsehung - Unsterblichkeit“ kreist, stark moralisierend akzentuiert ist und auch das den christlichen Konfessionen gemeinsame Dogma nach Möglichkeit ausklammert. Wohl ist manchmal von der Gestalt Christi die Rede, vorzugsweise als Tugendbeispiel“ a.a.0 S. 46 f

<sup>3</sup> Schüler - Nass. Chronik S. 117 u. Anmerkung 3

<sup>4</sup> ebd. S. 117

<sup>5</sup> Neckenich ,zusammengestellt aus alten Steuerlisten und Grundextraktbücher v. Filsen

<sup>6</sup> Selbst im 20 Jahrhundert, bis nach dem 2. Weltkrieg gab es noch viele Ortschaften, die ohne eigene Wasserleitung waren, wo die Leute an den Brunnen das Wasser holen mußten und diese zudem in trockenen Jahren wie **1947** oft versiegtten. Pfarrer Streitenberger selber kann sich an dieses trockene Jahr gut erinnern, wo es im Dorf seiner Verwandten nur noch zwei Brunnen gab, die Wasser hatten und das für 300 Einwohner und das Vieh. Dieser wahrhaft katastrophale Zustand war dann Anlaß, daß in Eigenleistung eine Wasserleitung gebaut wurde: Jeder männliche. Dorfbewohner hatte auf der 5 km langen Strecke und im Dorf selber ein zugeteiltes Stück Graben auszuheben - Bagger waren zu teuer. Und dies 1948!!

<sup>7</sup> Erhard Weimer, Chronik von Elz S. 69/70, Pallotiner Druck 1982; Zusatz Pfarrer Streitenberger: Meine Großmutter, geb. 1881 in Unterfranken, berichtete mir, daß das Brot vorgeschnitten auf dem Tisch lag, wenn sie von der Schule nach Hause kam. Da die kleine Landwirtschaft die Familie nicht ernähren konnte, mußte sie auf einen großen Bauernhof, ab dem 12. Lebensjahr, zur Arbeit gehen: Für den Tag (12 Stunden) gab es freies Mittagessen und 20 Pfg.

<sup>8</sup> **August Hergenbahn** (1804-1874) geb. in Usingen war erfolgreicher Anwalt und seit 1846 Mitglied der Ständeversammlung, in der er sich als führender Kopf der Liberalen profilierte. Am 16.4.1848 übernahm er die Staatsgeschäfte. Er war auch Mitglied der Nationalversammlung (Paulskirchenversammlung). Als er aber sah, daß die neue Reichsverfassung nicht zu verwirklichen war, also das Paulskirchen - Parlament an der Macht der wieder erstarkten Fürsten scheiterte, reichte er am 7.Juni 1849 seinen Rücktritt ein.

---

**Dr. Ernst Leisler** (Leisler sen. gest. 1875) war 1841 - 1867 Amtsprokurator in Wiesbaden. Er wurde 1848 im Wahlkreis 8, also in den Ämtern Braubach und St. Goarshausen in die Nassauische Abgeordnetenversammlung gewählt.

<sup>9</sup> Als Folge der allgemeinen Volksbewaffnung entstanden die Bürgerwehren, wie sie z.B. als Traditionsvereine in Weilburg und Braubach noch heute vorhanden sind.

<sup>10</sup> W. H. Riel Nassauische Chronik des Jahres 1848 S. 11 - 20

<sup>11</sup> Die Hebammen waren im Rahmen der medizinischen Reformen im Herzogtum verbindlich eingeführt worden.

<sup>12</sup> Nach dem Reichsdeputationshauptschluß von 1803 hatte sich der Freiherr von Preuschen in den Wirren der Säkularisation großen Waldbesitz angeeignet. Die rechtlichen Grundlagen waren umstritten und so kam es immer wieder zur Streitigkeiten mit den Osterspaier Bürgern, die sich übervorteilt fühlten: Denn bei einer Waldteilung fiel ihnen fast nur Buschwald zu und nur ein kleiner Teil Hochwald.

In den Revolutionstagen von 1848 gingen sie nun in die Waldungen von Preuschen und schlugen Holz. Nachdem die Verhältnisse wieder geordnet waren, kam es zu einem Prozeß, in dessen Verlauf der Bürgermeister und zwölf Bürger bestraft sowie der katholische Pfarrer Koch strafversetzt wurde.

<sup>13</sup> Riehl a.a.O. S. 33

<sup>14</sup> Riehl, a.a.O. S. 49/50

<sup>15</sup> 1843 im „Rheinischen Poetensommer“ war August Heinrich Hoffmann von Fallersleben mit vielen Dichtern zusammen wie Simmrock, E. Geibel u.s.w. Chronik „Oberwesel Stadt der Türme und des Weines“ H.M. Lux S.12

<sup>16</sup> Riehl a.a.O. Anm. 85 u. S. 47

<sup>17</sup> Riehl a.a.O. S. 109 - Das Gesetz zur Einführung der neuen Gemeindeordnung vom 12.12.1848 bestimmte, daß im Laufe des Monats Dezember die Gemeinderäte und anschließend die Bürgermeister zu wählen seien. Riehl Anm. 179

<sup>18</sup> Riehl a.a.O. Anmerk. 176 und 178

<sup>19</sup> Schreiben an das Amt Braubach vom 25. Januar 1856, Pfarrarchiv - Es ist interessant, wer alles in Filzen den Zehnten kassierte: Adelige und Stiftere: Die Herren Eltz-Oettingen, die adeligen Frauenklöster Marienberg, Marienroth, Oberwerth, dieses aus der Erbschaft von Cratz von Scharfenstein, Freiherr von Waldenburg-Schenkern, von Bürresheim, von Clodt, Junker Silger von Coblenz, von Stein, die Karmeliten zu Boppard, die Domherren zu Aachen, die Nonnenklöster zu Kamp, St. Elisabeth zu Köln, St. Martin bei Boppard und St. Martin zu Koblenz, die Abtei Eberbach, das Pastorat zu Boppard und die „Dasigen Präbend und Präsenz“.

Auf den 63 Morgen Weingärten werden im Jahre 1719 exakt 207.350 Weinstöcke erhoben, die folgenden Besitzern gehören:

Kurfürstliche 7.284 Stock

Adelige 15.613 Stock

Geistliche und Weltliche 184.438 Stock. Entnommen dem „Grundt - und Extract Buch der Weingarten, Acker- und Wießenlandt des Dorffs Filzen, Amts Boppard 1719“.

<sup>20</sup> Ablösung des Zehnten, Pfarrarchiv Filzen, 89

<sup>21</sup> Riehl a.a.O. S.92/93

<sup>22</sup> Boppard - Geschichte einer Stadt Band 2 S. 95

<sup>23</sup> Die erste Deutsche Bischofskonferenz 1848 in Würzburg - Festschrift zu 150. Jubiläum E. Soder v. Güldenstube - Franz Ludwig Ganz. Herausgegeben vom Medienreferat Diözese Würzburg. Vgl. S.27

<sup>24</sup> ebd. S 51

<sup>25</sup> Vgl. Schatz „Geschichte des Bistums Limburg“ S. 128 ff.

<sup>26</sup> ebd. S.133

<sup>27</sup> Pfarrarchiv Filzen Nr.50/ 1850 - 1866 - Rechnungen

<sup>28</sup> Golo Mann „Deutsche Geschichte des 19.Jahrhunderts“ Frankfurt S. 337

<sup>29</sup> Pfarrarchiv Filzen Nr. 32 Neubau der Kirche „Finanzierung“

<sup>30</sup> Walter Rosenwald „Die Herzoglich Nassauische Brigade im Feldzug 1866“, Schellenbergsche Verlagbuchhandlung Taunusstein 1983 S. 33

<sup>31</sup> ebd. S. 36

<sup>32</sup> vgl. Boppard-Geschichte einer Stadt am Mittelrhein Band 2 S. 124.

<sup>33</sup> vgl. Wolfgang Klötzer „Frankfurt 1866“, Waldemar Kramer Frankfurt, 1966

<sup>34</sup> ebd. S 129

<sup>35</sup> „Die schönsten Gedichte in Nassauer Mundart“ S.33, Rudolf Dietz